

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.138.634

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)14147/J-NR/2023

Wien, am 17. April 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mario Lindner und weitere haben am 17.02.2023 unter der **Nr. 14147/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend **Beschwerden wegen Ungleichbehandlung in Ihrem Ministerium** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3

- *In wie vielen Fällen im Jahr 2022 waren Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potentieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen vor einem Gericht beteiligt? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.*
 - *In wie vielen Fällen kam es jeweils zu Verurteilungen, Freisprüchen außergerichtlichen Einigungen?*
- *In wie vielen Fällen im Jahr 2022 wurden Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen angezeigt, ohne dass eine Anklage erhoben wurde? Bitte um detaillierte Auflistung nach Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.*
- *Wie viele der Gerichtsverfahren, in denen Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Posten-*

besetzungen, Einstellungen oder Kündigungen vor einem Gericht zwischen 2011 und 2022 beteiligt waren, waren zuvor Thema vor der Gleichbehandlungskommission des Bundes?

Im Jahr 2022 wurde von einer Bediensteten des seinerzeitigen Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) ein Verfahren vor dem Arbeits- und Sozialgericht wegen behaupteter Diskriminierung auf Grund von Alter und Geschlecht bei der Besetzung einer Abteilungsleitung angestrengt. Diesbezüglicher Rechtsnachfolger des seinerzeitigen BMDW ist jedoch das Bundesministerium für Finanzen, weswegen das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft in der Sache weder zuständig ist, noch über Informationen verfügt.

Zur Frage 4

- *Wie viele Beschwerdeverfahren vor der Gleichbehandlungskommission des Bundes gab es in Hinsicht auf potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen seitens Ihres Ressorts oder nachgelagerter Dienststellen zwischen 2011 und 2022? Bitte um detaillierte Auflistung nach Jahr und Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.*

Dazu ist auf die Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen Nr. 10167/J und 10175/J und darüber hinaus auf die Informationen in den Gleichbehandlungsberichten des Bundes gemäß § 12a Bundes-Gleichbehandlungsgesetz (B-GIBG) zu verweisen.

Zur Frage 5

- *Welche Summen musste in jenen Fällen, in denen Ihr Ministerium oder nachgelagerte Dienststellen als Arbeitgeber wegen potenzieller Ungleichbehandlung bei Postenbesetzungen, Einstellungen oder Kündigungen zwischen 2011 und 2022 vor Gericht verurteilt wurden oder eine außergerichtliche Einigung erzielt wurde, zahlen? Bitte um detaillierte Auflistung nach Jahr und Beschwerde- bzw. möglichem Diskriminierungsgrund.*

Diesbezügliche Kosten sind nicht angefallen.

Zur Frage 6

- *Welche konkreten Schlüsse zieht Ihr Ressort aus den Fällen vor der Gleichbehandlungskommission des Bundes, die im 14. Gleichbehandlungsbericht des Bundes 2022 (Teil II) anonymisiert veröffentlicht wurden?*

- *Wurden insbesondere interne Maßnahmen zur besseren Prävention möglicher Ungleichbehandlungen gesetzt und wenn ja, welche?*
- *Gab es dienstrechtliche Konsequenzen in Zusammenhang mit den anonymisierten Fallstudien und wenn ja, welche?*

Dazu ist insbesondere auf die aktuell geltenden Frauenförderungspläne des Ressorts zu verweisen, die entsprechend den gesetzlichen Vorgaben insbesondere des § 11a B-GlBG angepasst wurden und werden.

Im Übrigen ist auf die Beantwortungen der parlamentarischen Anfragen Nr. 10167/J und Nr. 10175/J zu verweisen.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt